

**Motion Daniele Jenni (GPB): Stadtauben und Stadtnomaden brauchen einen festen Platz – die Hilfe und Vermittlung zur Standortfindung für alternative Wohnformen ist Stadtaufgabe**

Schon vor dem „Zaffaraya“ müssen auch die Stadtauben und die Stadtnomaden dem Bau des Zubringers Neufeld Platz machen. Während die Stadt mit dem Zaffaraya zu Recht Verhandlungen um einen neuen Standort führt, weigert sie sich, den Stadtauben und Stadtnomaden bei der Suche nach einem neuen, festen Standort für ihre Wagen behilflich und für sie vermittelnd tätig zu sein.

So unternahm die Stadt nichts, um wenigstens zu versuchen, die Baufirma Implenia AG (ex-Zschokke) von ihrer unbegründeten Vertreibung der Stadtauben vom Standort Murtenstrasse abzubringen.

Mit dem „Zaffaraya“, den Stadtnomaden und den Stadtauben sowie weiteren Bauwagenplätzen wohnen in Bern insgesamt um die sechzig Menschen in grundsätzlich mobilen, aber auf feste Standplätze angewiesenen Unterkünften. Die Luxussanierung von preiswertem Wohnraum, auch durch die Stadt, die Ausrichtung der Wohnbaupolitik auf so genannte „gute Steuerzahler“ und der damit verbundene Mangel an billigem Wohnraum, die Unmöglichkeit gerade für junge Menschen mit bescheidenen finanziellen Möglichkeiten, Raum für Gemeinschaften und alternative Lebensweisen zu finden, sind die bekannten, aber bisher kaum ernst genommenen Gründe dafür.

Der Gemeinderat handelt erklärermassen nach dem Grundsatz, es gehöre nicht zu den Aufgaben der öffentlichen Hand, mögliche Standorte für alternative Wohnformen zu suchen und bereit zu stellen. Andererseits betrachtet er es aber sehr wohl als öffentliche Aufgabe, die Bereitstellung preislich hoch stehenden Wohnraums zu fördern und zu unterstützen.

Diese Einseitigkeit der Definition öffentlichen Interesses ist unsozial und angesichts der politischen Vorstellungen, die im Gemeinderat mehrheitlich gelten sollten, auch nicht nachvollziehbar.

Der Gemeinderat wird deshalb zur Richtlinie gegeben,

1. Hilfe und Vermittlung zur Standortfindung für alternative Wohn- und Lebensformen als städtische Aufgabe zu betrachten,
2. Gemeinschaften wie den Stadtauben und Stadtnomaden oder dem Zaffaraya vermittelnd und unterstützend darin behilflich zu sein, feste Plätze für ihre Wohn- und Lebensformen zu finden.

Bern, 17. August 2006

*Motion Daniele Jenni* (GPB), Natalie Imboden, Karin Gasser, Myriam Duc, Simon Röthlisberger, Franziska Schnyder, Stefanie Arnold, Anne Wegmüller, Urs Frieden, Hasim Sancar, Miriam Schwarz, Christof Berger, Ruedi Keller

**Antwort des Gemeinderats**

Die Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu.

Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass die Hilfe und Vermittlung zur Standortfindung für alternative Wohn- und Lebensformen keine städtische Aufgabe ist. Dass in der Stadt Bern in dieser Sache ein Ausnahmefall (Zaffaraya) besteht, ist aus der damaligen Situation erklärbar, ändert aber nichts an der grundsätzlichen Haltung des Gemeinderats.

Aufgabe der Stadt Bern ist es, generell die Rahmenbedingungen für die Bereitstellung von Wohnungen zu fördern. Dies tut die Stadt Bern, indem sie mit Planungen, Wettbewerben sowie der Abgabe von Arealen den Bau von Wohnungen durch Dritte unterstützt. Die Richtlinien des Gemeinderats zur letzten und zur laufenden Legislaturperiode geben dazu klare Vorgaben. Die Beratung und Vermittlung in Einzelfällen – wie beispielsweise den Bauwagen-Gruppen – gehört nicht in diesen Aufgabenbereich. Zudem fehlen der Stadt Bern die finanziellen und personellen Ressourcen sowie die rechtlichen Grundlagen für eine Intervention oder Vermittlung bei privaten Grundeigentümern und Grundeigentümerinnen.

Der Gemeinderat erinnert im Übrigen daran, dass die Stimmberechtigten der Stadt Bern im März 1996 das Schaffen von Zonen für alternative Wohnformen (sog. Hüttendorfszonen) abgelehnt haben.

**Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie abzulehnen.

Bern, 21. Februar 2007

Der Gemeinderat